

Motion betreffend systematische Erhebung aller Zahlungen an andere Kantone: Erhebung aller Zahlungen an andere Kantone

Nr.	Direktion	Amt	Sachgebiet (inkl. Gesetzliche Grundlage)	Zweck	Betrag in Franken (Budget 2019)
1	DI	AFW	Konkordat über die Fischerei im Zugersee vom 1. April 1970 (BGS 933.11). Das Konkordat über die Fischerei im Zugersee stützt sich auf Art. 24 Abs. 1 Bundesgesetz über die Fischerei vom 21. Juni 1991 (BGF; SR 923.0): Bei interkantonalen Gewässern müssen die beteiligten Kantone die Fischerei im Rahmen dieses Gesetzes einheitlich regeln.	Die Fischerei im Zugersee wird unter die gemeinsame Bewirtschaftung und Aufsicht der Kantone LU, SZ und ZG gestellt (§ 1 Abs. 1 Organe).	Nettoaufwand Konkordat: 266'400 Anteil Zug: 204'400 Insbesondere Eigenleistungen für den Betrieb der Fischbrutanstalt Walchwil
2	DI	AFW	Übereinkunft zwischen den Kantonen ZH und ZG über die Fischerei im zürcherisch-zugerischen Grenzabschnitt der Sihl vom 24. April 1947 (BGS 933.14)	Ausführungsbestimmungen über die Ausübung der Fischerei in der zürcherisch-zugerischen Grenzstrecke der Sihl vom 6. März 1954 (BGS 933.141) definieren drei Sihlabschnitte als Revier I bis III: - Revier I und II: Verpachtung durch ZH - Revier III: Verpachtung durch ZG Es gilt jeweils das Fischereirecht des verpachtenden Kantons.	Nettoertrag aus Verkauf der Fischereipatente durch ZH 10'500
3	DI	AFW	Übereinkommen betreffend die Fischerei im luzernisch-zugerischen Grenzabschnitt des Aabaches vom 27. Dezember 1958 (BGS 933.15)	Kantonsratsbeschluss betreffend Genehmigung des Übereinkommens zwischen den Kantonen LU und ZG über die Fischerei im luzernisch-zugerischen Grenzabschnitt des Aabaches, Gemeinde Risch vom 27.12.1958 (BGS 933.15)	Pachtertrag fällt im Jahre der Neuverpachtung an 0
4	DI	AFW	Vereinbarung über den Ausbau und Betrieb der Interkantonalen Försterschule Maienfeld vom 30. Januar 1992 (BGS 413.41) Kündigung erfolgt per Ende 2020.	Die Professionalisierung der forstlichen Berufe ab den 1950er Jahre führte zur Gründung zweier Konkordate für die Stiftungen Försterschule Maienfeld und Lyss. Auf die Einführung des Bundesgesetzes über die Berufsbildungsgesetzes vom 13. Dezember 2002 (Berufsbildungsgesetz, BBG; SR 412.10) erfolgte in Art. 33 Abs. 1 lit a WaV der Eintrag: Die Kantone sorgen für die höhere Berufsbildung der Försterinnen und Förster und führen die dafür notwendigen höheren Fachschulen. Seither haben sich die beiden Försterschulen zu eigentlichen Bildungszentren Wald weiterentwickelt, voll finanziert über Konkordatsbeiträge.	56'300
5	DBK	DBKS	Interkantonale Universitätsvereinbarung (IUV, BGS 411.5)	Regelt den inter-kantonalen Zugang zu den Universitäten und die Abgeltung der Kantone an die Universitätskantone (Art. 1 IUV)	17'268'000
6	DBK	DBKS	Interkantonale Fachhochschulvereinbarung (FHV, BGS 414.302)	Die Vereinbarung regelt den interkantonalen Zugang zu den Fachhochschulen und pädagogischen Hochschulen sowie die Abgeltung, welche die Wohnsitzkantone der Studierenden den Trägern von Fachhochschulen leisten (Art. 1 FHV)	14'835'000
7	DBK	DBKS	Interkantonale Vereinbarung über die Hochschule für Heilpädagogik Zürich (BGS 414.362)	Gemeinsame Führung einer Hochschule für Heilpädagogik	508'000
8	DBK	DBKS	Regionales Schulabkommen Zentralschweiz (RSZ, BGS 412.12)	Regelt interkantonalen Zugang zu Ausbildungsangeboten der Vereinbarungskantone, die Stellung der Lernenden sowie die Abgeltung der Wohnsitzkantone an die Träger der Ausbildungs-	950'000

Motion betreffend systematische Erhebung aller Zahlungen an andere Kantone: Erhebung aller Zahlungen an andere Kantone

Nr.	Direktion	Amt	Sachgebiet (inkl. Gesetzliche Grundlage)	Zweck	Betrag in Franken (Budget 2019)
				angebote	
9	DBK	DBKS	Konkordat über die Schulkoordination (BGS 411.1)	Die Konkordatskantone bilden eine interkantonale öffentlich-rechtliche Einrichtung zur Förderung des Schulwesens und zur Harmonisierung des entsprechenden kantonalen Rechts	248'700
10	DBK	DBKS	Interkantonale Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen (BGS 411.2)	Regelt die Anerkennung kantonalen Ausbildungsabschlüsse, die Führung einer Liste über Lehrpersonen ohne Unterrichtsberechtigung sowie eines Registers über Gesundheitsfachpersonen	4'000
11	DBK	DBKS	Hochschulkonkordat (BGS 414.50)	Regelt die Zusammenarbeit der Vereinbarungskantone untereinander und mit dem Bund bei der Koordination im schweizerischen Hochschulbereich. Insbesondere schafft sie die Grundlage, um im Rahmen des Bundesgesetzes über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG)[2] gemeinsam mit dem Bund.	14'700
12	DBK	AGS	Schulgesetz (BGS 412.11 § 36)	Regelung Zugang Zuger Schülerinnen und Schüler zu ausserkantonalen Sonderschulen.	Ca. 550'000
13	DBK	BIZ	Schweizerisches Dienstleistungszentrum Berufsberatung SDBB. Konkordat über die Schulkoordination (BGS 411.1)	Das SDBB fördert im Bereich der Berufsbildung sowie Berufs- und Laufbahnberatung die interkantonale Zusammenarbeit und erbringt Dienstleistungen.	Anteil DBK: 54'000
14	DBK	AKU	Beitritt zur Vereinbarung über die Interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen vom 27. März 2008 (BGS 421.3-A3) sowie Art. 8 ff. der Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen vom 1. Juli 2003 (BGS 421.3)	Der interkantonale Kulturlastenausgleich ILV regelt die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen in der Region Zürich-Aargau-Zentralschweiz und ist im Jahr 2010 in Kraft getreten. Beteiligt sind ZH, LU, AG, SZ, ZG und UR. OW und NW leisten im Rahmen der Vereinbarung freiwillige Beiträge. Die ILV legt fest, dass sich die Kantone an den öffentlichen Beiträgen von ZH und LU für Bau und Betrieb von sechs überregionalen Kulturinstitutionen finanziell beteiligen. Weiter ist der der Kulturlastenausgleich Teil der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), die seit 2008 in Art. 135 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (BV; SR 101) verankert und im Bundesgesetz über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaG) vom 3. Oktober 2003 (SR 613.2) konkretisiert ist.	Aus Lotteriefonds 2'700'000
15	VD	AWA	KRB Beitritt des Kantons Zug zur Stiftung Greater Zurich Area GZA (BGS 916.22)	Die Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing ist Alleinaktionärin der Greater Zurich Area AG (GZA), die das internationale Standortmarketing für den Wirtschaftsraum Zürich betreibt. Die Stiftung ist als Public Private Partnership organisiert und wird gemeinsam von der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft getragen.	180'000
16	VD		Die Leistungsvereinbarung mit dem Verein Switzerland Global Enterprise (LV S-GE) ist eine Vereinbarung mit allen Kantonen und dem Bund über das internationale Standortmarketing des Bundes (RRB vom 18. August 2015)	Die LV S-GE ist ein verwaltungsrechtlicher Vertrag zwischen den unterzeichnenden Kantonen und dem eigenständig privatrechtlich organisierten Verein S-GE. Sie regelt Ziel und Strategie, die wesentlichen Leistungen und finanziellen Aufwendungen sowie die Modalitäten der Zusammenarbeit zwischen S-GE und den	

Motion betreffend systematische Erhebung aller Zahlungen an andere Kantone: Erhebung aller Zahlungen an andere Kantone

Nr.	Direktion	Amt	Sachgebiet (inkl. Gesetzliche Grundlage)	Zweck	Betrag in Franken (Budget 2019)
				Kantonen sowie den von ihnen mandatierten Regionalorganisationen, verpflichtet die Kantone, die Regionalorganisationen und die S-GE zu einem verbindlichen Handeln und ist auf die LV des Bundes mit der S-GE abgestimmt.	
17	VD	VDS	Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt des Kantons Zug zum Verein Metropolitanraum Zürich (BGS 916.33)	Der Verein versteht den Metropolitanraum Zürich als gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraum. Mit seinen Standort-Entwicklungsaktivitäten leistet er einen Beitrag zur langfristigen Sicherung der Lebensqualität für die Bewohnerinnen und Bewohner und zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Er setzt sich für einen offenen, dynamischen und gut erreichbaren Metropolitanraum ein. Er bietet seinen Mitgliedern eine Plattform, um Aufgaben und Projekte zur Stärkung des Metropolitanraums gemeinsam anzugehen. Der Metropolitanraum Zürich pflegt Verbindungen zu anderen Metropolitanräumen.	Mitgliederbeitrag und Beteiligung an Projekten des sogenannten Aktionsprogramms zusammen 25'000
18	VD	AfB	Zentralschweizer Fachhochschul-Vereinbarung FHZ-Konkordat (BGS 414.31)	Regelt die Führung und die Finanzierung der Fachhochschule Zentralschweiz (Hochschule Luzern), die gemeinsame Förderung der Forschung und Entwicklung sowie den Wissenstransfer	11'050'000
19	VD	AfB	Interkantonale Vereinbarung über die Beiträge an die Ausbildungskosten in der beruflichen Grundbildung vom 22. Juni 2006 (Berufsfachschulvereinbarung, BFSV)	Regelt die Abgeltung der Vereinbarungskantone an die Kosten des beruflichen Unterrichts sowie die Kosten der beruflichen Vollzeitausbildungen.	9'370'000
20	VD	AfB	Interkantonale Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen HFSV (BGS 413.19)	Regelt den freien Zugang zu den Bildungsgängen an höheren Fachschulen und die Abgeltung der Wohnsitzkantone an die Trägerschaften der Bildungsgänge	3'630'000
21	VD	LWA	Kontrolldienst ökologischer Leistungsnachweis und Label (=KDSNZ) Grundlage: Verwaltungsvereinbarung der Kantone SZ, NW und ZG über die Organisation und die Zusammenarbeit im Rahmen des Kontrolldienstes im Bereich des ökologischen Leistungsnachweises und der 22Label (BGS 924.21)	Seit dem Jahr 2003 werden die Kontrollen auf den Zuger Landwirtschaftsbetrieben durch den landwirtschaftlichen Kontrolldienst SZ, NW, ZG (KDSNZ) durchgeführt. Die Inspektionsstelle basiert auf einer Verwaltungsvereinbarung zwischen diesen 3 Kantonen. Seit dem 9. August 2004 ist der KDSNZ akkreditiert nach der Norm ISO/IEC 17020. Im Rahmen von Leistungsaufträgen umfassen die Kontrollen sowohl öffentlich-rechtliche Bereiche (z. B. Direktzahlungsverordnung) wie auch Kontrollen von privatrechtlichen Produktionsprogrammen (z.B. IP-Suisse). (Art. 1-3 Verwaltungsvereinbarung)	Anteil Kanton ZG; 1/3 der Totalkosten von 43'400 = 14'467
22	VD	LWA	Vereinbarung Obstbauberatung (Verfügung der Volkswirtschaftsdirektion Nr. 24/2018 vom 30. April 2018)	Überkantonale Organisation der Obstbauberatung	25'500
23	BD	TBA	Konkordat über die nicht eidgenössisch konzessionierten Seilbahnen und Skilifte vom 12. Mai 1966 (BGS 752.5)	Das IKSS regelt die einheitlichen Vorschriften, welche den Betrieb der unter das Konkordat fallenden Anlagen möglichst sicher gestalten, ohne die Kosten für Bau und Betrieb allzu sehr zu erhöhen.	Die Kosten werden inkl. Verwaltungsgebühr wieder eingefordert
24	BD	AFU	Interkantonale Vereinbarung über die Gründung einer interkantonalen Umweltagentur vom 1. Juni 2003 (BGS 811.15); Kantonsratsbeschluss betreffend den Beitritt zur Interkan-	Stand und Entwicklung der Luftverunreinigungen überwachen, Ausmass Luftimmissionen ermitteln und Information.	184'000

Motion betreffend systematische Erhebung aller Zahlungen an andere Kantone: Erhebung aller Zahlungen an andere Kantone

Nr.	Direktion	Amt	Sachgebiet (inkl. Gesetzliche Grundlage)	Zweck	Betrag in Franken (Budget 2019)
			tonalen Vereinbarung über die Gründung einer interkantonalen Umweltagentur vom 29. April 2004 (BGS 811.15-A1)		
25	BD	AFU	Biologische Risiken (Art. 52 Verordnung über den Umgang mit Organismen in der Umwelt vom 10. September 2008 [Freisetzungsverordnung, FrSV; SR 814.911])	Unterstützung der Einsatzkräfte bei Bewältigung von B-Ereignissen	2'300
26	SD	SDS	Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) Statuten vom 9./10. November 1995 (Stand 16. November 2018)	Verein nach ZGB zum Zweck der Zusammenarbeit der Kantone unter sich, mit dem Bund und mit anderen wichtigen Organisationen auf dem Gebiet des Justiz- und Polizeiwesens (Art. 1 Statuten)	24'600
27	SD	SDS	Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr (RK MZF) Statuten vom 4. Mai 2018)	Öffentlich-rechtliche Körperschaft zur Koordination der politischen, organisatorischen, fachlicher und finanzieller Fragen in den Bereichen Militär, Zivilschutz und Feuerwehrwesen; Förderung der Zusammenarbeit, Information und Unterstützung der Kantone und des Fürstentums Liechtenstein (Art. 2 Statuten)	7'300
28	SD	SDS	Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) Verwaltungsvereinbarung vom 4. Dezember 2015	Vereinbarung zwischen Bund (EJPD, VBS) und Kantonen (KKJPD, RK MZF) zur Koordination von Entscheiden, Mitteln und Massnahmen bezüglich gemeinsamer sicherheitspolitischer Herausforderungen	8000
29	SD	SDS, GVZG	Feuerwehr-Koordination Schweiz (FKS); eine RK MZF angegliederte öffentlich-rechtliche Körperschaft Statuten vom 12. Mai 2016	Koordination politischer, organisatorischer, fachlicher und finanzieller Fragen, die für das Feuerwehrwesen als öffentliche Aufgabe der Kantone und des Fürstentums Liechtenstein von gemeinsamem Interesse sind; Förderung der Zusammenarbeit, Information und Aufträge an Dritte	Anteil SDS 17'500 Anteil GVZG 17'500
30	SD	SDS	Interkantonale Vereinbarung betreffend die gemeinsame Durchführung von Lotterien Gewinne von Swisslos stehen den Kantonen zu (Art. 5 Vereinbarung) (BGS 942.415)	Gemeinsame Regeln für die Durchführung von Lotterien, Massnahmen gegen Spielsucht und Verteilung des Reinertrags zur Förderung von gemeinnützigen Vorhaben	230'000 Mindereinnahmen, nicht budgetiert
31	SD	AZM	Vereinbarung zwischen den Kantonen über die interkantonale Hilfeleistung durch den Zivilschutz bei Katastrophen und in Notlagen (BGS 531.16)	Regelt die interkantonale Hilfeleistung der Kantone durch den Zivilschutz bei Katastrophen und in Notlagen	-
32	SD	AZM	Verwaltungsvereinbarung betreffend gemeinsamer Durchführung der Grund-, Kader- und Spezialistenausbildung im Zivilschutz (Ausbildungsvereinbarung Zivilschutz; BGS 531.17)	Vertragspartner regeln gemeinsame Durchführung der Grund-, Kader- und Spezialistenausbildung im Zivilschutz.	Aufwand: 103'400 Ertrag: 177'000
33	SD	AZM	Vereinbarung betr. Schweizerisches Materialforum für Zivilschutz-Material (SMZM) gemäss § 15 Abs.1 Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz [EG BZG, BGS 531.1])	Das SMZM bezweckt die gemeinsame und kostengünstige Beschaffung sowie Bewirtschaftung des Zivilschutzmaterials	1200
34	SD	Zuger Polizei	Interkantonale Vereinbarung (bzw. Konkordat) über die computergestützte Zusammenarbeit der Kantone bei der Aufklärung von Gewaltdelikten	Die interkantonale Vereinbarung (bzw. das Konkordat) bezweckt die effiziente Bekämpfung der (seriellen) Gewalt- und Sexualkriminalität.	31'300

Motion betreffend systematische Erhebung aller Zahlungen an andere Kantone: Erhebung aller Zahlungen an andere Kantone

Nr.	Direktion	Amt	Sachgebiet (inkl. Gesetzliche Grundlage)	Zweck	Betrag in Franken (Budget 2019)
			vom 2. April 2009 (ViCLAS-Konkordat, BGS 511.2, 511.2-A1) sowie Verwaltungsvereinbarung betr. Zusammenarbeit der Zentralschweizer Kantone beim Vollzug der Viclas-Vereinbarung	Aussenstelle Zentralschweiz: Regelung der Aufgabenerfüllung und Abgeltung	
35	SD	Zuger Polizei	Konkordat vom 25. Juni 2003 über Errichtung und Betrieb einer interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (BGS 511.5, 5511.5-A1, 511.5-A2)	Errichtung und Betrieb einer gemeinsamen Polizeischule, «Interkantonale Polizeischule Hitzkirch» (IPH), für die deutschsprachige Grundausbildung und Weiterbildung von Angehörigen der Polizeikörpers sowie Forschung im Bereich des Polizeiwesens.	460'000
36	SD	Zuger Polizei	Verwaltungsvereinbarung von Bund und Kantonen (EJPD/KKJPD) zur Harmonisierung der Polizei-Informatik in der Schweiz (HPI) RRB vom 1. Mai 2012	Langfristige strategische Grundlage der Koordination der Schweizer Polizeiorgane für die kompatible und gemeinsame Informatik. Das Programm HPI organisiert die Trägerschaft und Dachorganisation für einzelne Projekte zur Vereinheitlichung der technischen Schnittstellen und die gemeinsame Beschaffung und Weiterentwicklung von kompatiblen Informatiklösungen im Polizeibereich.	23'000
37	SD	Zuger Polizei	Verein HPI Applikation RRB vom 28. August 2018	Operative Grundlage für die gemeinsame Planung, Beschaffung, Implementierung, Finanzierung und Weiterentwicklung von polizeilichen Informatiklösungen und Applikationen. Der Verein dient den beteiligten Polizeikörpers als Beschaffungs- und Betreibergemeinschaft und kann mit den Anbieterinnen privatrechtliche Verträge abschliessen.	32'600
38	SD	Zuger Polizei	Arbeitsgemeinschaft ABI (ARGE ABI), Zweckverband von 18 Kantonen Geschäftsreglement vom 7. März 2013	Die ARGE ABI vertritt die Interessen der Anwender der Polizeisoftware ABI (Informationsverarbeitungssystem). Sie bezweckt, den Einsatz von ABI und dessen Funktionen sowie dessen zentrale ABI-Umsysteme unter den Mitgliedern zu harmonisieren, die gemeinsame Weiterentwicklung mit den Produzenten zu fördern und die Ausbildung zu koordinieren, damit untereinander technische und sachliche Kompatibilität erreicht werden kann.	28'000
39	SD	Zuger Polizei	Arbeitsgemeinschaft AVANTI (ARGE AVANTI) Statuten ARGE AVANTI vom 20. März 2014	Die Arbeitsgemeinschaft AVANTI ist ein Verein im Sinne von Art. 60 ff. ZGB. Die ARGE AVANTI bezweckt die Harmonisierung und Koordination des Betriebs und der Weiterentwicklung des Einsatzleitsystems «AVANTI Einsatzleitung», um die Effektivität und Effizienz der polizeilichen Einsätze und der interkantonalen Zusammenarbeit zu verbessern.	48'000
40	SD	Zuger Polizei	Schweizerische Kriminalprävention SKP, eine Fachstelle der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren KKJPD	Interkantonale Koordination und Unterstützung der kantonalen Polizeikörpers bei der Prävention vor Kriminalität	16'600
41	SD	Zuger Polizei	Leistungsvereinbarung vom 9. April 2015 betreffend Neuorganisation des polizeilichen Entschärfungswesens zwischen KKJPD (Auftraggeber) sowie der Kantonspolizei Bern, Kantonspolizeien Genf und Waadt und dem Forensischen Institut Zürich (Auftragnehmer)	Die drei Kompetenzzentren «NEDEX/Kapo GE und VD» am Genfersee, «BEX/Kapo BE» in Bern und «WFD/FOR» in Zürich verpflichten sich mit der vorliegenden Leistungsvereinbarung, bei Bedarf in allen Kantonen Entschärfungen durchzuführen	11'000
42	SD	Zuger Polizei	Verwaltungsvereinbarung der Zentralschweizer Regierungskonferenz vom 13. November 2016 betreffend den	Die Luzerner Polizei (Leistungserbringerin) führt in den Kantonen NW, OW, SZ, UR und ZG (Leistungskäufer) planbare und spon-	14'000

Motion betreffend systematische Erhebung aller Zahlungen an andere Kantone: Erhebung aller Zahlungen an andere Kantone

Nr.	Direktion	Amt	Sachgebiet (inkl. Gesetzliche Grundlage)	Zweck	Betrag in Franken (Budget 2019)
			Einsatz von Präzisionsschützen	tane Präzisionsschützeinsätze gegen Entschädigung durch, ohne dass die Leistungskäufer eigene Präzisionsschützen ausbilden und ausrüsten müssen.	
43	SD	AJV, SDS	Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz (BGS 332.33)	Verfassungs- und Gesetzes-konformer, einheitlicher, kostengünstiger Vollzug von Strafurteilen; gemeinsame und bedarfsgerechte Planung der Anzahl Vollzugsplätze; Verteilung/Koordination der Aufgaben beim Bau und Betrieb von Vollzugseinrichtungen (Ingress, Art. 1 Konkordat)	4'060'000 25'100
44	SD	AJV	Vollzug von Strafen in Form von Electronic Monitoring (EM, elektr. Fussfesseln) (RRB [Verwaltungsvereinbarung] vom 28. März 2017 sowie Delegationsvertrag vom 23. Mai 2017)	Gemeinsame (interkantonale) Beschaffung der EM-Infrastruktur; Zentrale Durchführung/Überwachung des EM-Vollzugs durch einen einzigen Kanton	34'000
45	SD	IKS Bostadel	Staatsvertrag vom 27. Februar 1973 zwischen Zug und Basel Stadt zur Errichtung und zum Betrieb einer gemeinsamen Strafanstalt (HBA: Bau; Betrieb: SD) (BGS 332.31)	Gemeinsamer Betrieb einer Strafanstalt auf Zuger Kantonsgebiet	Anteil Zug 23'512 Anteil Basel Stadt 94'048
46	SD	GVZG	Verwaltungsvereinbarung über die Hilfeleistung und Zusammenarbeit im A-Bereich: Strahlenwehr der Zentralschweiz (Strahlenwehr-Vereinbarung)	Die Vereinbarung bezweckt, die Strahlenwehr in der Zentralschweiz unabhängig von Kantonsgrenzen wirtschaftlich und fachlich optimal zu organisieren.	11'599
47	GD	RDZ	Leistungsvereinbarung mit der Stadt Zürich betreffend Disposition der Rettungseinsätze im Kanton Zug und die Unterstützung des Kantons bei der Bewältigung von Grossereignissen (§ 50b und § 50c Abs. 1 des Gesetzes über das Gesundheitswesens im Kanton Zug (Gesundheitsgesetz, GesG; BGS 821.1)	Disposition und Koordination des Rettungswesens im Kanton Zug durch die Einsatzleitzentrale von Schutz & Rettung Zürich	520 000 Franken und 15 000 Franken
48	GD	GDS	Leistungsauftrag des Psychiatriekonkordats der Kantone UR, SZ und ZG an die Triaplus AG vom 23.10.2017. (Konkordat der Kantone Uri, Schwyz und Zug betreffend die psychiatrische Versorgung vom 17.03.2016 (574.210.1))	Stationäre, teilstationäre und ambulante psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung der Bevölkerung der Kantone Uri, Schwyz und Zug	7'700'000
49	GD	GDS	Versorgung der Bevölkerung in den Bereichen Akutmedizin und Rehabilitation (§ 4 Abs. 1 Spitalgesetz BGS 826.11)	Medizinische Versorgung der Bevölkerung, welche nicht durch innerkantonale Spitäler sichergestellt werden kann	41'700'000
50	GD	AVS	Verwaltungsvereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich Messwesen, Messwesenvereinbarung BGS 942.12 (Vollzug Messgesetz SR941.20)	Verhindert, dass unnötig Spezialgeräte mehrfach angeschafft werden, dass Ressourcen der beteiligten Eichämter sinnvoll und effizient genutzt werden. Stellvertretungen werden gegenseitig gewährleistet.	9'500 Abrechnung erfolgt nach Aufwand